



Araştırma Makalesi • Research Article

Demokratische Toleranz in parteiabhängigen Sozialen Medien am Beispiel der SPÖ in Österreich

Democratic Tolerance in Party Dependent Social Media Using the Example of the SPÖ in Austria
Avusturya Sosyal Demokrat Partisi Örneğinde Sosyal Medya Kullanımında Demokratik Hoşgörü Yaklaşımları

Zehra Özkıceci*

Abstrakt: Im Mittelpunkt dieses Artikels steht die Nutzung der sozialen Medien durch politische Parteien. Als Beispiel dient die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), eine der ältesten Parteien in Europa. Obwohl nicht nur die Partei selbst, sondern auch ihre Wählerinnen eher ein fortgeschrittenes Alter aufweisen, bietet sie etwas verspätet eine breite Palette an Internetpräsenz an: Facebook und Twitter sind die bevorzugten sozialen Medien der SPÖ. In den letzten Jahren hat sich die SP verstärkt darum bemüht, sich von der traditionellen Politik hin zu einer modernen und fortschrittsorientierten Partei zu entwickeln. Sie meinte damit, sie wollte auch für eine bürgerliche WählerInnenschicht attraktiver werden und sich mehr in die politische Mitte bewegen. Konservative blieben aber eher dem Original der christlich sozialen ÖVP treu als zur neokapitalistischen SPÖ zu wechseln. Tatsächlich hat sie mit dieser inkonsequenten Linie eher Wählerinnen verloren als gewonnen, dennoch wurde dieser Kurs bis heute beibehalten. Um gegenüber anderen Parteien aufzuholen, hat aber auch die Onlinetätigkeit und die Nutzung sozialer Medien in den letzten Jahren zugenommen. Die politische Positionierung und inhaltliche Ausrichtung dieser Medien wird von der aktuellen Oppositionsrolle der SPÖ bestimmt, ist dementsprechend kritisch gegenüber anderen Parteien und insbesondere gegenüber der Regierung. Der Artikel untersucht diese kritische Ausrichtung und fragt nach ihrer Berechtigung. Mit Hilfe der Medienrecherche und der Analyse der auf den sozialen Medien angebotenen Informationen wird in dieser Arbeit danach gefragt, wie es um die Demokratische Toleranz auf diesen Internetseiten steht. Dazu werden zunächst sowohl die Bedeutung des Terminus „Demokratische Toleranz“ und die Geschichte der SPÖ vorangestellt, bevor die tendenzielle Ausrichtung der parteizugehörigen Onlinemedien untersucht wird.

Schlüsselwörter: Soziale Medien, Sozial demokratische Partei, Österreich, Toleranz, Echokammern, Filterblase

Abstract: This article examines the use of social media by the Social Democratic Party of Austria (SPÖ), which is one of the oldest parties in Europe. The origins of the Social Democratic Party of Austria (SPÖ) date back many years, and its most loyal constituency is already aging. The SPÖ appeals to its voters primarily through its Facebook and Twitter accounts on social media. In recent years, the SPÖ, whose online activities and use of social

* Dr. Öğr. Üyesi, Necmettin Erbakan Üniversitesi, Radyo, Televizyon ve Sinema Bölümü

ORCID: 0000-0002-4822-6899, zehra_ozkececi@yahoo.de

Cite as/ Atıf: Özkıceci, Z. (2022). Demokratische Toleranz in parteiabhängigen Sozialen Medien am Beispiel der SPÖ in Österreich. *Anemon Muş Alparslan Üniversitesi Sosyal Bilimler Dergisi*, 10(2), 913-926. <http://dx.doi.org/10.18506/anemon.1096700>

Received/Geliş: 31 March/Mart 2022

Accepted/Kabul: 14 July/ Temmuz 2022

Published/Yayın: 30 August/ Ağustos 2022

media have increased, has sought to move away from traditional politics and become a modern and progressive party. The opposition party SPÖ's critical attitude toward other parties and especially the government is also reflected in its content on social media. Although the SPÖ targeted the bourgeois-conservative electorate, conservatives remained loyal to the Christian-social ÖVP rather than changing to the neo-capitalist SPÖ. This article has attempted to determine whether there is a democratic tolerance for the use and sharing of social media that reflects the critical viewpoint of the SPÖ.

Keywords: Social Media, Social Democratic Party, Austria, Tolerance, Echo Chambers, Filter Bubble

Öz: Bu makale, Avrupa'nın en eski ve geleneksel partilerinden biri olan Avusturya Sosyal Demokrat Partisi (SPÖ)'nün sosyal medya kullanımını incelemektedir. Avusturya Sosyal Demokrat Partisi (SPÖ)'nün kökeni çok uzun yıllar öncesine dayanmaktadır ve seçmenleri genellikle ileri yaştaki bireylerden oluşmaktadır. Avusturya'nın en tanınmış partilerinden olan SPÖ, siyasi içeriğini iletmek için onlarca yıldır kullandığı yöntemler artık başarılı olmadığından günümüzde özellikle Facebook ve Twitter sosyal medya hesaplarıyla seçmenlerine seslenmektedir. Son yıllarda, çevrimiçi etkinlik ve sosyal medya kullanımı artan SPÖ, geleneksel politikayı terk ederek modern ve ilerici bir partiye dönüşmek için çaba sarf etmektedir. Avusturya'daki genç kesimin renksiz ve geleneksel bir muhalefet partisi olarak gördüğü SPÖ'nün, diğer partilere ve özellikle hükümete eleştirel bakış açısı, sosyal medyadaki içeriğine de yansımaktadır. SPÖ, burjuva muhafazakâr seçmen sınıfını hedef almasına rağmen muhafazakârlar, neo kapitalist SPÖ'ye geçmek yerine muhafazakâr ve liberal bir siyasi parti olan Avusturya Halk Partisi ÖVP'ye sadık kalmışlardır. Bu makalede, SPÖ'nün eleştirel bakış açısını yansıtan sosyal medya paylaşımlarında demokratik toleransın olup olmadığı irdelenmiştir.

Anahtar Kelimeler: Sosyal Medya, Sosyal Demokrat Parti, Avusturya, Hoşgörü, Yankı Odaları, Filtre Balonu

Einleitung

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) gehört nicht nur zu den ältesten, sondern auch zu den bekanntesten Parteien Österreichs, die das Land jahrzehntlang und oft auch erfolgreich regierte. Nach dem Scheitern einer Regierungskoalition mit der konservativen ÖVP befindet sich die Partei aber seit 2017 in der Opposition. Diese Rolle ist etwas ungewohnt, denn in immerhin der Hälfte der bisher 32 Regierungen seit dem Ende des 2. Weltkriegs stellte die Sozialdemokratische Partei den Bundeskanzler. Vor allem die Arbeiterschaft wählte traditionellerweise die SPÖ, im Gegensatz zur ländlichen und eher katholischen Bevölkerung, die zu den christlichsozialen Konservativen, der heutigen ÖVP, tendierte (Mittelstaed/Stefan 2019).

Die sozialdemokratische Position betont in ihrem Programm Gerechtigkeit, Bildung und fairen Lohn, wofür sie lange auf die Unterstützung der Arbeiterschaft zählen konnte. Ihre Anhängerschaft ist aber mittlerweile deutlich gesunken. Für die Jugend ist die SP wenig attraktiv, weil sie eher eine traditionelle und farblose Partei in ihr sehen. Viele treue Sozialdemokratinnen der älteren Generation, die klassischen KernwählerInnen der Partei, sind aufgrund ihres Alters heute weniger aktiv und viele treue Mitglieder sind bereits verstorben. Und viele Arbeiterinnen, die regelmäßig die SPÖ wählten, waren enttäuscht von der allzu großen Kompromissbereitschaft der Partei gegenüber den Unternehmern und den Konservativen, sowie auch dem während ihrer Regierungszeit verbreiteten Sozialabbau. Sie haben deshalb die Partei verlassen und wählen heute eher die populistischen Rechtsparteien. Auch auf den sozialen Medien schaffen es die Parteien rechts von der SPÖ, bis zu achtmal so viele Besucherinnen anzusprechen.

Ich frage in diesem Artikel am Beispiel der SPÖ nach der Nutzung sozialer Medien durch die traditionellen Parteien in Österreich und wie viel demokratische Toleranz sich darin spiegelt.

Demokratische Toleranz

Viele InternetnutzerInnen können auf den sozialen Medien keine Meinungen mehr respektieren, die ihren eigenen widersprechen. Die Auswirkungen dieser Haltung sind weitgehend bekannt. Unter den Begriffen Cybermobbing oder Cyberbullying oder auch einfach nur Hatespeech werden die Diffamierung, Beschimpfung und die Intrigen bezeichnet, die sich im Netz gegen Andersdenkende oder Feindbilder richten. Meist sind es willkürlich gewählte Sündenböcke, denen die Schuld an

gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen gegeben wird (Bundeszentrale für politische Bildung/BpB, 2017).

Das gesellschaftliche Klima wird dadurch massiv beeinträchtigt. Umgekehrt gibt es Tendenzen, die sozialen Medien zu zensurieren und damit die Grenzen der Meinungsfreiheit einzuschränken wie auch politische Rechte außer Kraft zu setzen. Auch im regulierten Internet hängt es meistens von der subjektiven Einschätzung der Anbieter oder immer öfter von der Künstlichen Intelligenz ab, welche Meinung noch geteilt werden kann und welche nicht. Wir brauchen die Meinungen anderer nicht teilen, aber wir sollten sie aushalten. Wir nennen das demokratische Toleranz. Diese demokratische Toleranz trägt trotz unterschiedlicher Positionierungen und Differenzen zu einer konfliktfreieren sozialen Kultur in einem Land bei.

Demokratische Toleranz wird verschieden interpretiert. Tatsächlich ist Toleranz keine zufriedenstellende Basis für die Beziehung zwischen unterschiedlichen politischen oder gesellschaftlichen Lagern, da Toleranz noch keine Gleichberechtigung und keinen Austausch auf Augenhöhe bedeutet. Das heißt, dass eine wirkliche Kooperation eine Einstellung erfordert, die über eine simple Toleranz hinausgeht und auch eine gegenseitige Wertschätzung erfordert (Westle, 2002: 467-470). In bürgerlichen Demokratien gilt es als tolerant, innerhalb eines gewissen Rahmens andere Parteien auszuhalten, zu dulden oder zu ertragen, wie es das lateinische Wort „tolerare“ nahelegt. Diesen Rahmen bildet in der Regel die bürgerliche Demokratie, die aber nicht unabhängig vom jeweiligen Wirtschaftssystem betrachtet werden kann. Die vorherrschende Ideologie als Grundlage dieser Gleichsetzung bildete jahrzehntlang die bekannte Totalitarismustheorie, die vor allem im Kalten Krieg politische, ökonomische und militärische Strategien legitimieren sollte. Diese Theorie ging etwas verkürzt davon aus, dass die westliche Marktwirtschaft mit ihrem Parlamentarismus die seriöse „tolerante“ Alternative darstellte, die sich gegen die totalitären Extreme auf rechter und linker Seite verteidigen müsste. Tatsächlich wurde damit den marxistischen Faschismustheorien widersprochen, die im Gegenteil davon ausgehen, dass der Faschismus nur eine andere Variante von Kapitalismus darstellt, während der Sozialismus sich auf die Fahnen heftet, eine antikapitalistische Gesellschaftsordnung anzustreben. Diese Ansicht mündete in Horkheimers Zitat: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ (Horkheimer, 1967: 8). Auch die Sozialdemokratische Partei vertrat lange Zeit diese Ansicht, schließlich bezeichnete sie sich selbst als „sozialistische“ und ursprünglich noch als marxistische Partei.

Die Sozialdemokratie erlebte aber unterschiedliche Entwicklungen und veränderte sich im Laufe der Geschichte. Bis diese Bewegung in der etablierten Politik Fuß fassen und zur jahrzehntlang führenden politischen Kraft in Europa werden konnte, war sie selbst einer ähnlichen Negativkampagne und Verfolgung ausgesetzt wie es heute die Parteien links von der Sozialdemokratie über sich ergehen lassen müssen. Deshalb möchte ich im Folgenden die Geschichte der Sozialdemokratie zusammenfassen.

Die Geschichte der Österreichischen Sozialdemokratie

Die Partei blickt auf eine lange Geschichte und mehrere Transformationen zurück. Ihre Wurzeln liegen in der Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert. Seit ihren Anfängen standen sich in der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) ein gemäßigter und ein eher revolutionärer Flügel gegenüber, die sich selten einigen konnten. Zwischen 30. Dezember 1888 und dem 1. Jänner 1889 wurde die Partei in der niederösterreichischen Stadt Hainfeld gegründet (SPÖ/Renner Institut, 2020). Victor Adler, ein berühmter Sozialdemokrat und früherer Arzt, fungierte dabei als Integrationsfigur, der mit seinen Analysen über die Situation des Proletariats die unterschiedlichen Lager miteinander versöhnen konnte (Adler, 1888). Der Bogen reichte von bürgerlichen bis zu anarchistischen Kreisen, es gab einen starken marxistischen und einen ebenso großen reformistischen Flügel. Die heutige Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), die lange Zeit in Österreich regierte und heute die stärkste Oppositionspartei darstellt, gilt als direkte Nachfolgeorganisation dieser SDAP, obwohl nur wenig von den ursprünglichen Zielen erhalten geblieben ist. Zunächst kämpfte die frühere

Sozialdemokratie vor allem für das allgemeine Wahlrecht und die Verringerung der Arbeitszeit. Auf der linken Seite warb der berühmte Karl Kautsky für einen marxistischen Kurs, während Parteigründer Victor Adler eine reformistische Linie vertrat (Meysels, 1997). 1907 wurde zumindest für die männliche Bevölkerung das allgemeine Wahlrecht in Österreich eingeführt und damit ein wichtiger Demokratisierungsschritt gesetzt (SPÖ/Renner Institut, 2020). 1911 erreichte die sozialdemokratische Partei sogar die meisten Stimmen im Reichsrat.

Der Nationalitätenkonflikt im Habsburgerreich spaltete auch die Sozialdemokratie, mit verheerenden Folgen: Vor dem ersten Weltkrieg trat der größte Teil der Sozialdemokratischen Partei für den Krieg ein und suchte die Nähe zur Monarchie. Vor allem Viktor Adler machte sich stark für eine SDAP, die mit dem Kaiserreich kooperieren sollte (SPÖ/Renner Institut, 2020). Der Einfluss der Oktoberrevolution 1917 in der Sowjetunion stärkte aber vorübergehend den linken Flügel der Sozialdemokratie.

Von März bis August 1919 bestand auch im konservativen Österreich der Versuch zur Installierung einer Räterepublik, bei dem die Sozialdemokratie aber von Anfang an eine mäßige und stark antikommunistische Haltung einnahm (Reisinger, 2018). Es wurde versucht, alle linken Kräfte aus der Partei auszuschließen und schließlich auch mit Staatsgewalt zu bekämpfen.

1918 wurde Karl Renner zum Staatskanzler ernannt und riskierte eine Regierungskoalition mit der christlich sozialen Partei. Der Parteiführung wurde deshalb vom linken Flügel und der Kommunistischen Partei Verrat an ihren ursprünglichen Prinzipien vorgeworfen. Danach folgten 14 Jahre in der Opposition, bis die christlich soziale Partei im autoritären Ständestaat die Partei für illegal erklärte (SPÖ/Renner Institut 2020). Zwischen SozialdemokratInnen und KommunistInnen gab es immer stärkere Differenzen, so dass es zu keinem linken Bündnis gegen den aufkeimenden Faschismus kommen konnte. Die Kommunistische Partei galt den Sozialdemokraten als zu radikal. Doch auch die Sozialdemokratie gründete 1923 einen bewaffneten „Schutzbund“, um sich gegen die ständigen Übergriffe der Nationalisten wehren zu können. Diese sozialdemokratische Unterorganisation trainierte den Abwehrkampf und deklarierte sich auf öffentlichen Demonstrationen. 1927 wurde von der Polizei auf einen Aufmarsch des Schutzbundes geschossen und die Schützen in einem aufsehenerregenden Prozess freigesprochen. Als Reaktion wurde der Justizpalast in Wien in Brand gesteckt, aber auch viele sozialistische DemonstrantInnen verhaftet und einige erschossen.

1929 fand die Weltwirtschaftskrise statt, durch die sich auch in Österreich die soziale Lage verschärfte und die Gesellschaft verstärkt in politische Lager polarisierte (SPÖ/Renner Institut, 2020). In der Vaterländischen Front arbeitete die Christlich Soziale Partei mit rechten und nationalistischen Kräften und entmachtete schließlich das Parlament. 1934 ging der sogenannte Austrofaschismus mit Hilfe der Armee gegen die Arbeiterverbände und den sozialdemokratischen Schutzbund vor. Die Sozialdemokratische Partei wurde verboten, ihre Mitglieder in Konzentrationslager gesteckt (Ingrim 1988). Natürlich wurde die Sozialdemokratie auch unter dem Nationalsozialismus verfolgt, der nach dem 1938 erfolgten Einmarsch der deutschen Faschisten auch in Österreich herrschte (Lehngut, 2013: 79). Viele SozialistInnen flüchteten ins Exil, andere kämpften im antifaschistischen Widerstand (SPÖ/Renner Institut, 2020).

Nach dem Sieg über den Faschismus bemühte sich die Sozialdemokratische Partei neben den Christlich Sozialen unter dem neuen Namen „die Volkspartei“, aber auch mit der kommunistischen KPÖ um eine Normalisierung der Politik. Die Siegermächte über den Faschismus (die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion) teilten Österreich in vier Besatzungszonen. Die Sozialdemokraten bildeten zunächst mit der Volkspartei und der Kommunistischen Partei eine provisorische Staatsregierung. Später arbeiteten sie ausschließlich mit der Volkspartei zusammen. Dieser Rechtstrend zeigte sich 1950, als sozialdemokratische Gewerkschafter mit organisierten Schlägertrupps gegen streikende Arbeiter vorgingen und begannen, aktive Mitglieder der KPÖ zu verfolgen (KPÖ OBERÖSTERREICH, 2000: 18-19). 1955 erhielt Österreich den Staatsvertrag und wurde als neutraler Staat in die Unabhängigkeit entlassen. Nach dem Ende der Besatzungszeit wurde die SPÖ zu einer tragenden Kraft und führenden Partei in der neuen Republik (SPÖ/Renner Institut, 2020).

Von ihren marxistischen Grundsätzen und der Forderung nach der Aufhebung der Klassen hat sich die SPÖ schon lange entfernt. Sie ist selbst mit dem Kapital und großen Unternehmen verbunden, auch wenn sich die Partei immer noch für einen liberalen Keynesianismus und die Verstaatlichung großer Betriebe einsetzt. Mehrmals war die Partei gezwungen, mit anderen Parteien zu regieren, weil sie keine absolute Mehrheit erlangen konnte. Mit ihrem gleichzeitig größten Konkurrenten, der ÖVP, wurden mehrere Koalitionsregierungen gebildet, aber selbst mit den rechtsnationalen Freiheitlichen der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) wurde regiert. Ein Blick auf die Vorgeschichte verrät auch, warum: Die SPÖ hatte sich darum bemüht, die früheren Nationalsozialisten in die postfaschistische Parteienpolitik zu integrieren (Manoschek&Geldmacher, 2006:583). Sie erhoffte sich dadurch eine bürgerliche Konkurrenz zur konservativen ÖVP und damit deren Schwächung. So entstand mit Hilfe der SPÖ aus früheren Nationalsozialisten der Verband der Unabhängigen (VDU), der sich später in Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) umbenannte (Lehngut, 2013:87).

Die großen Erfolge und absoluten Wahlerfolge der SPÖ sind heute bereits Geschichte. Seit der Ära des berühmten Bruno Kreisky hat die Partei zunehmend an Einfluss verloren (Sozialdemokratische Partei Österreichs, 2011). Kreisky wurde vor allem wegen seinem Engagement im Nahen Osten bekannt und international geschätzt (SPÖ/ Renner Institut, 2020). Nach Kreisky rückte die Partei aber kontinuierlich nach rechts. Sie versuchte vermehrt, auch im bürgerlichen Lager Stimmen zu bekommen, aber die Wählerkernschicht der ÖVP blieb entweder ihrer christlich sozialen Partei treu oder wechselte mehrheitlich zur FPÖ.

Obwohl sie versucht, im Zuge einer "Modernisierung" auch marktliberale Tendenzen zu teilen, vertritt die sozialdemokratische Partei nach außen weiterhin eine arbeiterfreundliche Haltung. Dazu zählen laut ihrem Parteiprogramm „Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Vollbeschäftigung“. Aber die Partei hat Probleme damit, eine junge Generation für ihre Anliegen zu begeistern und mit dem digitalen Zeitalter Schritt zu halten. Das ist schwer nachvollziehbar, weil sie vom Programm her eine wesentlich progressivere Politik vertritt als die konservative ÖVP, die sich traditionell für die Interessen der katholischen Kirche, die Unternehmen, Banken und immer noch für die Landwirtschaft engagiert. Doch ein jugendlicher Kanzler wie der erzkonservative ÖVP Politiker Sebastian Kurz wirkte bis zu seinem Rücktritt dank einer intensiven Medieninszenierung für die Jungwähler attraktiver als eine zwar theoretisch fortschrittlichere, aber praktisch farblose Partei. Auch auf dem digitalen Feld und in den sozialen Medien konnte die konservative ÖVP viel mehr Follower erreichen als die SPÖ (ÖVP/ Kurz 2020). Ein junges Publikum wird von der SPÖ am ehesten durch die Jugendorganisationen oder das von der Partei organisierte „Donauinselfest“ erreicht. Obwohl diese Veranstaltung alljährlich von hunderttausenden Menschen besucht wird, kann die Partei selbst aber nicht davon profitieren.

Laut den Zahlen des Innenministeriums erreichte die sozialdemokratische Partei im Jahr 2002 noch Stimmenanteile von 36,5%, im Jahr 2019 kam sie nur mehr auf 21,2%.

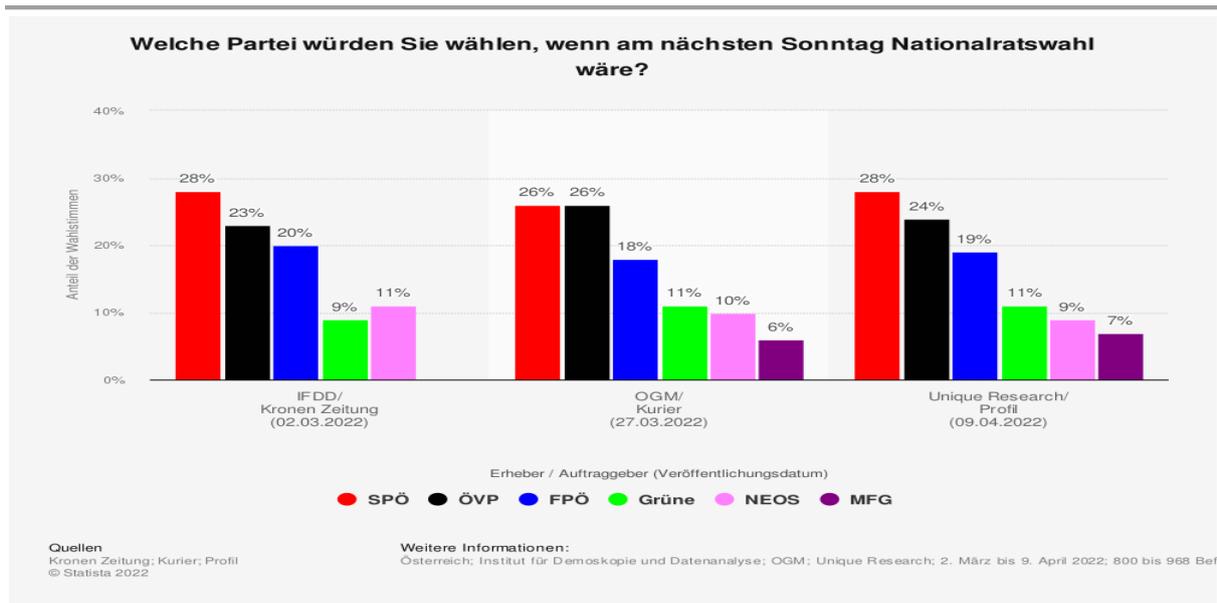
Jahr	Stimmenanteil der SPÖ in Prozenten
2002	36,5
2006	35,3
2008	29,3
2013	26,8
2017	26,9
2019	21,2

Grafik selbst erstellt nach Angaben des Innenministeriums und des SORA-Instituts (SORA Institut/ ISA: Institut für Strategianalysen 2019)

Viele jüngere WählerInnen der SPÖ sind überhaupt ins rechte Lager abgedriftet, wo ihnen ein stärkeres Eintreten für ihre Interessen versprochen wird. Konkret war es die bereits angeführte Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die sich trotz oder teilweise sogar aufgrund ihrer migrationsfeindlichen Politik einen Ruf als Arbeiterpartei erwerben konnte. Obwohl die FPÖ während ihrer eigenen Beteiligung an der Regierung autoritär und wirtschaftsfreundlich agierten, haben viele AnhängerInnen der SPÖ die Seite gewechselt und fühlen sich bei den rechten Freiheitlichen wohler. Viele WählerInnen sind aber auch zur Grünen Partei gegangen, die seit Mitte der 1980er Jahre versucht, das linksliberale Spektrum anzusprechen. Aktuell befindet sich die Grüne Partei in einer Regierungskoalition, seit die FPÖ nach einem Korruptionsskandal zurücktreten musste und die ÖVP einen neuen Koalitionspartner suchte.

Im Gegensatz zur SPÖ erwecken die Grünen eher den Eindruck, über digitale Kompetenz auf den sozialen Medien zu verfügen und entsprechen aufgrund eines jüngeren Durchschnittsalters der Abgeordneten und durch Ihr Engagement gegen den Klimawandel durchaus dem Zeitgeist (Die Grünen 2020). In der Praxis und als Partner in der Regierungskoalition mit der ÖVP erweist sich die Grüne Partei aber als weniger fortschrittlich als sie in der Opposition versprochen hatte. Alle neoliberalen Gesetzesverschärfungen der Regierung wurden bisher von den Grünen mitgetragen. Dennoch hat es die SPÖ bisher nicht geschafft, die von den Grünen enttäuschten Wechselwählerinnen ins eigene Lager zurückzuholen.

Wenig überraschend kritisiert die SPÖ in der Opposition die aktuelle Regierungsarbeit. Diese Positionierung findet auch in den sozialen Medien ihren Ausdruck. Heute bemüht sich die Partei unter der Führung der früheren Ärztin Pamela Rendi Wagner darum, an ihre alten Wahlsiege anzuschließen (SPÖ 2020c). Es gibt aber innerparteiliche Widersprüche, was der Attraktivität der Partei schadet. Bis vor kurzem musste die Partei auf Länder und Städteebene Stimmenverluste hinnehmen. Aber die SPÖ ist auf der anderen Seite immer noch die zweitstärkste Partei im Land und deshalb eine wichtige Kraft in der österreichischen Innenpolitik. Außerdem ereigneten sich in jüngster Zeit mehrere Staatsaffären, von denen die Partei profitiert: Seit die ÖVP ebenfalls mit Korruptionsvorwürfen und Untersuchungsausschüssen konfrontiert wird und Bundeskanzler Sebastian Kurz im Herbst 2021 abdanken musste, steigen nach den Umfragen auch die Chancen der SPÖ auf eine neuerliche Regierungsbeteiligung. Laut einer aktuellen Umfrage des Nachrichtenmagazins „Profil“ würde die regierende ÖVP bei Neuwahlen nur mehr 22% der Stimmen erhalten, die SPÖ aber immerhin 27%. Außerdem wurde bei der gleichen Studie erhoben, dass bereits 43% der wahlberechtigten Personen für Neuwahlen eintreten und mit der derzeitigen Regierungsarbeit nicht einverstanden sind (Profil-Redaktion, 2022). Das Statistikinstitut Statista veröffentlichte noch günstigere Prognosen für die SPÖ:



(Mohr/ Statista 2022)

Echokammern und Filterblasen in den sozialen Medien

Alle derzeit im Parlament vertretenen politischen Parteien setzen manipulative und zielgruppenorientierte Methoden der Public Relations ein, um WählerInnen zu gewinnen und mehr Stimmen zu erhalten. Die SPÖ bildet da keine Ausnahme. Dabei handelt es sich um alte Verhaltensmuster, doch haben sich die Bedingungen im Zeitalter der Digitalisierung verändert. Eine neue Entwicklung stellen Echokammern und Filterblasen dar, mit der alle politischen Lager konfrontiert werden und die in diesem Kapitel kurz beschrieben werden sollen.

Wir werden im Netz mit Inhalten konfrontiert, die unsere Ansicht teilen oder unserem Suchverhalten im Internet entsprechen. Personalisierte Werbung und Information, wie sie gerade von sozialen Medien wie Facebook oder auch über die Suchprogramme verbreitet werden, sind auf unsere Anliegen, Interessen und Bedürfnisse zugeschnitten. Oft entscheiden nur mehr Algorithmen darüber, welche Informationen ein User oder eine Userin noch erhält. Vor allem aufgrund der unzähligen Cookies, deren Nutzung wir auf fast jeder Seite zustimmen müssen, um sie lesen zu dürfen, werden die persönlichen Interessen und Meinungen eruiert.

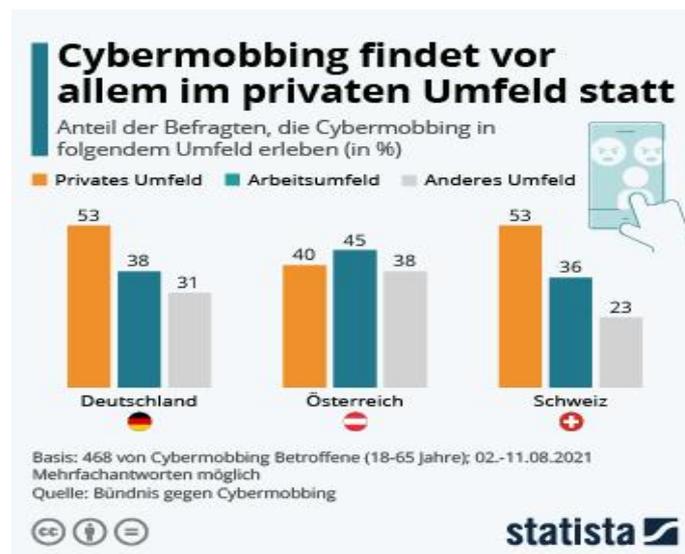
Dadurch entsteht manchmal der Eindruck, dass es außerhalb der eigenen Standpunkte keine vernünftigen Auffassungen mehr gibt. Dabei ergeht es politischen Parteien nicht viel anders als den individuellen UserInnen (Geissert, 2019: 5, 21). Diese moderne Spielart des geschlossenen hermeneutischen Zirkels (Khella, 1995: 26-27) ist kein neues Phänomen, erhält aber durch die sozialen Medien ein höheres Gewicht. Dadurch wird das menschliche Sozialverhalten kopiert, denn auch im wirklichen Leben außerhalb des Internets umgeben wir uns hauptsächlich mit Gleichgesinnten, die ähnlich denken und ähnliche Interessen verfolgen. Soziale Medien wie auch Blogs und Nachrichtenportale bieten daher geradezu ein Biotop für Echokammern und Filterblasen. Diese Möglichkeiten der digitalen Meinungsmanipulation erinnern manchmal an Science fiction Filme, in denen nicht mehr die herkömmlichen Machtstrukturen, sondern programmierte Maschinen die Menschen steuern.

„Die neue Generation der Internetfilter schaut sich an, was Sie zu mögen scheinen, wie Sie im Netz aktiv waren oder welche Dinge oder Menschen Ihnen gefallen und zieht entsprechende Rückschlüsse. Prognosemaschinen entwerfen und verfeinern pausenlos eine Theorie zu Ihrer Persönlichkeit und sagen voraus, was Sie als Nächstes tun und wollen. Zusammen erschaffen diese

Maschinen ein ganz eigenes Informationsuniversum; für jeden von uns das, was ich Filter Bubble nenne und verändern so auf fundamentale Weise, wie wir an Ideen und Informationen gelangen“ (Pariser 2011:17).

Wie das Zitat verrät, findet in diesem System nicht nur eine Beeinflussung der eigenen Meinung statt, sondern auch eine Kontrolle der Internetnutzung und die Überwachung des Userverhaltens. Der gläserne Mensch ist in diesem Labyrinth von legalem Datenmissbrauch und Meinungsbildung längst Realität geworden. Besonders bedrohlich am Entstehen dieser Blase ist der Umstand, dass den meisten Menschen überhaupt nicht bewusst ist, wie stark sie bereits beeinflusst werden und deshalb nicht mehr die autonom entscheidenden Individuen sind, als die sie sich selbst betrachten.

Eng verwandt mit dem Begriff der Filterblase ist die Echokammer als „metaphorische Beschreibung einer Situation, in der Überzeugungen durch Kommunikation und Wiederholung innerhalb eines geschlossenen Systems vertieft oder gefestigt werden“ (Hilscher, 2018). Innerhalb der Kommunikation auf den sozialen Medien wiederholt sich ein Szenario, das die meisten Menschen auch im analogen bzw. realen Leben verfolgen: der Austausch mit Gleichgesinnten und eine geringe Toleranzgrenze gegenüber Andersdenkenden. Außerhalb dieser Filterblasen und Echokammern wird auf konträre Meinungen, die den eigenen Ansichten widersprechen, mit zunehmendem Unverständnis und sogar Aggression reagiert. Hier kommt es zu Phänomenen wie Hate speech und Cybermobbing, weil eine gegenteilige Positionierung völlig abwegig erscheint und als persönlicher Angriff empfunden wird (Hilscher, 2018).



(Suhr/ Statista 2020)

Für die politische Landschaft bedeutet das, dass sich bisherige Grabenkämpfe und gegenseitige Anschuldigungen, wie sie etwa auch von parlamentarischen Debatten bekannt sind, immer stärker ins Netz verlagern. Dort werden in der scheinbaren Anonymisierung gesellschaftliche Tabugrenzen überschritten. Die gegenseitigen Beleidigungen, wie sie auf den Sozialen Medien zum Vorschein kommen, haben deshalb mit demokratischer Toleranz nicht mehr viel zu tun. (Geissert, 2019: 3).

Konkrete Nutzung der sozialen Medien durch die SPÖ

Solange auf dem Medienmarkt noch die Printmedien dominierten, wurde der SPÖ oft vorgeworfen, einen zu großen Einfluss auf Medien auszuüben und ihre damals noch stärkere politische Position zu missbrauchen. Dazu wurden gezielt die Mittel der parteifinanzierten Werbung und die Presseförderung eingesetzt. Auch auf den österreichischen Rundfunk (ORF) hatte die Partei bis vor kurzem einen nicht zu unterschätzenden Einfluss. Auf den sozialen Medien hingegen versäumte die österreichische Sozialdemokratie den Anschluss und geriet ins Hintertreffen gegenüber jüngeren Parteien. Die traditionelle ÖVP und vor allem die nationalistische FPÖ dagegen zeigten eine Online-

Offensive, die zu großen Beliebtheitswerten führte. Die Facebook-Seite des früheren und nach einem Skandal abgesetzten FPÖ Vorsitzenden H.C. Strache hatte bis zu 790.000 Fans. Sie führte lange die Hitparade der beliebtesten österreichischen Facebook Seiten an. Heute hat die ÖVP die FPÖ in Sachen Internetpräsenz überholt. Allein die SPÖ schaffte es nicht, eine ähnliche Präsenz im Netz zu erreichen. Mittlerweile gibt es eine verspätete, aber doch engagierte und mit hunderttausenden Euro finanzierte Social media Initiative der SPÖ, um gerade in Wahlkampfzeiten stärker im Internet präsent zu sein (SPÖ, 2020a). Doch trotz ihrem Appell im Parteiprogramm, in dem Liberalisierung und Modernisierung angestrebt werden, gilt die SPÖ immer noch nicht als Partei, die mit sozialen Medien assoziiert wird.

Dabei versucht jede Unterorganisation der Partei im Internet und auf den sozialen Plattformen Fuß zu fassen. Das fängt mit den Bezirksgruppen an und reicht bis zur großen Bundespartei. Es gibt Schülerorganisationen, eine StudentInnenvertretung, Sportclubs, PensionistInnenvereine, die Arbeiterkammer, Sparvereine, Sport und Freizeitclubs, die Naturfreunde, Frauenorganisationen, Kinder und Jugendorganisationen, Erwachsenenbildung und Volkshochschulen, Personalvertretungen und Gewerkschaftsvertretung, die Mietervereinigung, usw. (SPÖ, 2020a). Die Liste aller Organisationen und Einrichtungen, die direkt oder indirekt mit der Sozialdemokratie verbunden sind, ist lang. So gut wie jede Berufsgruppe hat ihre eigene sozialdemokratische Abteilung und nutzt zumindest teilweise auch die Möglichkeit zur Internetpräsenz. Am stärksten werden Facebook und Twitter genutzt. Alle Fraktionen der Partei verfügen über eigene Internetportale und sind auch auf den herkömmlichen sozialen Medien präsent. Deshalb seien nur einige erwähnt, die meines Erachtens am bekanntesten sind:

Die Online Zeitung Kontrast (kontrast.at, 2020) wird vom Sozialdemokratischen Parlamentsclub veröffentlicht und ist wie ein Aufdeckermittel konzipiert. Hier zeigt die Partei wieder eine offensivere Seite. Primär richtet sich die darin enthaltene Kritik gegen die regierende ÖVP (Österreichische Volkspartei). Einiges daran ist widersprüchlich: etwa, wenn die 1994 abgeschaffte Vermögenssteuer und die 2008 aufgehobenen Erbschafts- und Schenkungssteuern kritisiert werden, obwohl damals die SPÖ selbst in einer Koalitionsregierung vertreten war. Die Forderung nach der Wiedereinführung dieser Steuern wird also erst erhoben, seit sich die Partei in der Oppositionsrolle befindet. Dafür hat die ÖVP dem Medium erneutes „bad campaigning“ vorgeworfen. Dieser Vorwurf beruht auf dem Einsatz fragwürdiger Techniken im Wahlkampf 2017. Damals engagierte die SPÖ den israelischen Politikberater Tal Silberstein, der versuchte, den ÖVP Spitzenkandidaten Sebastian Kurz durch fingierte Facebook Eintragungen als rechten Antisemiten darzustellen. Dafür eröffnete Silberstein zwei Social Media Seiten, auf denen scheinbare Postings von Sebastian Kurz publiziert wurden. Darunter fanden sich auch rassistische und antisemitische Kommentare. Letztendlich führte das Bekanntwerden der Kampagne dazu, dass die SPÖ eine Wahlniederlage erleiden musste. Hier finden wir tatsächlich ein Beispiel, wo die demokratische Toleranz durch die SPÖ massiv verletzt wurde (Melichar, 2017).

Es besteht aber auch eine Grauzone zwischen „bad“ oder „negative campaigning“ und einem ganz normalen Wahlkampf: Schließlich betont jede Partei in Österreich, wie schlimm die anderen Mitbewerber seien, um sich dadurch abzugrenzen. Zynisch gesagt, wird nicht das eigene Programm präsentiert, sondern die Tatsache, dass man nicht die andere Partei sei. Tatsächlich sind auch die Vorwürfe, die von Kontrast.at gegen die Regierung erhoben werden, sehr offensiv. Mitglieder der ÖVP würden wahrscheinlich protestieren, wenn jemand diese Haltung als tolerant bezeichnen würde. Andererseits gehört es nach Meinung der Kontrastredaktion zur demokratischen Aufgabe der Opposition, die Regierung zu kritisieren und zu kontrollieren (kontrast.at, 2020).

Der Vorwurf der demokratischen Intoleranz wird aber manchmal zu leichtfertig vorgebracht, wenn es darum geht, oppositionelle Haltungen abzuwerten. Tatsächlich müsste unterschieden werden zwischen einer berechtigten und einer ungerechtfertigten Kritik, die nur deshalb vorgebracht wird, um eine andere Partei zu schwächen und deren Stimmen zu erhalten. Und es sollte auch unterschieden werden, ob eine Kritik von unten nach oben geäußert wird: also ob sie von Seiten der Opposition gegenüber der politischen Macht oder ob sie umgekehrt aus einer Machtposition heraus von Seiten der Regierung gegen andere Parteien, NGOs und Interessensorganisationen vorgebracht wird. So müssten

auch die sozialen Medien der SPÖ danach beurteilt werden, ob sie sich noch in einem gewissen Rahmen der politischen Streitkultur bewegen oder ob ihre Kritik bereits an Niveau bzw. an Sachlichkeit verliert.

Zusammengefasst lässt sich in den meisten Nachrichten, die von der SPÖ auf den sozialen Medien geteilt werden, eher eine oppositionelle Haltung gegenüber der derzeitigen Regierung beobachten. Die Junge Generation (Junge Generation, 2020) und die Sozialistische Jugend (Sozialistische Jugend, 2020) bemühen sich um ein jugendlicheres Auftreten, was aber nur in begrenztem Ausmaß gelingt. Sie sind politisch stärker engagiert, gehen immerhin noch auf linksorientierte Demonstrationen und diskutieren auf den sozialen Medien das Zeitgeschehen. Doch auch ihre Hauptstoßrichtung ist die Kritik an der ÖVP und der noch rechteren FPÖ. Bei den Jugendorganisationen wurde aber auch bereits früh eine Kritik an der eigenen Bundespartei geäußert. Trotzdem oder gerade deshalb haben mehrere Jugendvertreter in der Partei Karriere gemacht. In den Jugendfraktionen finden sich nämlich auch die größten Medienprofis, die es am ehesten schaffen, ihre online-Seiten attraktiv zu gestalten.

Während dem Wahlkampf 2019 erschien ein Artikel in der Zeitschrift *Standard* mit dem Titel „Rote Aufholjagd, Wahlkampf in sozialen Medien: Wie die SPÖ Facebook entdeckte“. In dem Artikel wird über den Versuch der SozialdemokratInnen berichtet, wie sie mit Hilfe einer professionellen Werbefirma aus der Schweiz auf die Fehler in der bisherigen Onlinenutzung reagieren möchte. Interessant ist, dass die Partei im Vorfeld ein eigenes "Basisworkshop zu Social Media Strategien und Kampagnen" durchführte, um gegenüber anderen Parteien an Medienkompetenz aufzuholen (Mittelstaed&Stefan, 2019). Die Taktik der engagierten Firma bemühte die Psychologie: Mit Hilfe von Verhaltensökonomie wollte sie ein möglichst breites Publikum ansprechen, indem sie auf eine Methode setzte, die „**Online targeting**“ heißt. Damit werden verschiedene Strategien gegenüber unterschiedlichen Zielgruppen angewendet: also passt sich die Marketingstrategie den jeweiligen AnsprechpartnerInnen an. Konkret bedeutet das, dass z.B. für PensionistInnen eine andere Botschaft vermittelt wird als gegenüber Jugendlichen und dass gegenüber manuell arbeitenden Menschen anders aufgetreten wird als gegenüber AkademikerInnen, usw.

„Die externen Social Media Experten setzen dabei auf etwas, das in der gängigen Politikberatung für gewöhnlich weniger Beachtung findet: Verhaltensökonomie. (...) Mit 'Behavioral Tech' designen die Berater Umfragen und Experimente für ihre Kunden, die auf den Erkenntnissen der Verhaltensökonomie beruhen“ (Mittelstaed&Stefan, 2019).

Tatsächlich unterscheidet sich diese Taktik nicht so sehr von früheren Kämpfen um Wählerstimmen, die wir aus dem analogen Zeitalter kennen. Auch ist die Vorgehensweise, die Psychologie für den Verkauf von Produkten oder die Wahl einer Partei einzusetzen, eher ein Relikt aus den Anfangstagen der Public Relations, wie sie schon 1928 vom Neffen von Sigmund Freud, Edward Bernays, in seinem bekanntesten Buch „Propaganda“ vorgestellt wurde (Bernays, 2009). Den neuen Social media ExpertInnen war es wichtig, zunächst politische Botschaften zurückzustellen. Stattdessen werden die Mitglieder und insbesondere die Parteivorsitzende als SympathieträgerInnen gezeigt, als sozial engagierte Privatpersonen, die sich um SeniorInnen kümmern oder in österreichischer Tracht posieren (Mittelstaed&Stefan 2019). Diese Inszenierung ist teilweise erfolgreich, wirkt aber manchmal auch unglaubwürdig und unprofessionell (SPÖ, 2020a).

Auf der eigenen Homepage dominierte lange Zeit die Coronakrise. Das aktuelle Gesundheitsmanagement der Regierung wird als unzureichend, chaotisch und planlos dargestellt. Dagegen werden eigene Vorschläge präsentiert, wie gegen die Pandemie besser vorgegangen werden könnte. Das wirkt deswegen glaubwürdiger, weil die Spitzenkandidatin der SPÖ, Pamela Rendi Wagner, auch als Ärztin gearbeitet hat und auf einige Berufserfahrung zurückblicken kann. Deshalb zeigt sie sich auf den Fotos immer als freiwillige und ehrenamtliche Helferin im Rettungsauto und im Krankenhaus (SPÖ Parlamentsklub, 2020). Manchmal ist diese Zurschaustellung ihres Engagements aber auch unfreiwillig komisch und wurde auch schon in Kabarettprogrammen zum Gegenstand von Spott und Satire. Berühmt geworden ist ihr Appell für härtere Corona Maßnahmen und ihr Zitat: „Wie viele Tote müssen noch sterben?“ (Witzeling, 2021).

Erfolgreicher arbeitet die SPÖ auf der Ebene der Arbeiterkammer oder der Gewerkschaften. Auch deren Onlineangebot wird stärker in Anspruch genommen (FSG/Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen 2020). Denn hier wird echte Interessensvertretung betrieben und die meisten ArbeitnehmerInnen fühlen sich von der FSG (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) am ehesten vertreten. Seit der Gründung der Arbeiterkammer hat die sozialdemokratische Fraktion deshalb alle bisherigen Wahlen in dieser Institution gewonnen.

Fazit

Als eine der ältesten Parteien befindet sich die Sozialdemokratische Partei Österreichs in einer Krise, hat aber große Chancen, nach einer Neuwahl wieder die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Große Teile der früheren WählerInnenschaft der Partei befinden sich jedoch bereits in einem fortgeschrittenen Alter, während sich die jüngere Generation kaum noch mit der Sozialdemokratie identifiziert. Das hängt auch mit einer veränderten Arbeitswelt zusammen: nicht der klassische Fabrikarbeiter dominiert heute das Proletariat, sondern der Dienstleistungssektor. Auch führen die Digitalisierung und die fortschreitende Technologisierung zu ganz neuen Herausforderungen, auf die die SPÖ bisher keine zufriedenstellenden Antworten gab, die das Vertrauen abgewandelter WählerInnen zurückgewonnen hätten. Die ökonomische Krise wird heute gerne auf die Coronapandemie geschoben, doch tatsächlich hat sie sich bereits seit der Finanzkrise 2008 angekündigt. Die größte Herausforderung in den kommenden Jahren wird die steigende Arbeitslosigkeit in Österreich sein, auch wenn aktuell in vielen Branchen eher ein Arbeitskräftemangel beklagt wird. Doch ist absehbar, dass mit zunehmender Technologisierung, sinkendem Wirtschaftswachstum, Energiekrisen und den unbewältigten Krisen des spekulativen Finanzsystems neue Herausforderungen für die Arbeitswelt entstehen, für die noch keine politischen Lösungen gefunden wurden. Bis jetzt hat die Sozialdemokratie noch nicht ausreichend auf diese Entwicklung reagiert, obwohl bei diesem Thema eigentlich die Kernthemen der Partei berührt werden. Ihre Imageprobleme zwingen die Sozialdemokratie zu einer taktischen Veränderung (Mittelstaed&Stefan 2019). Die jahrzehntelang eingesetzten Methoden, mit denen die SPÖ ihre politischen Inhalte vermittelte, sind nicht mehr erfolgreich. Die Partei versucht deshalb auch, auf die veränderten Kommunikationsformen mit einer intensiveren Nutzung der sozialen Medien zu reagieren.

In den sozialen Medien und auf Plattformen der zahlreichen Unterorganisationen der Partei wird hauptsächlich Oppositionspolitik angeboten. Daraus lässt sich aber noch nicht schließen, dass die SPÖ gegenüber anderen Parteien demokratisch intolerant eingestellt wäre. Die kritische Haltung gegenüber der konservativen Regierungspartei ÖVP entspricht ihrer Rolle als Oppositionspartei und wird als zulässig empfunden. Schließlich gab es den früher oft gegen die österreichische Parteienlandschaft erhobenen Vorwurf, der die Gleichförmigkeit und die zu geringen Unterscheidungsmerkmale zwischen den Parteien verurteilte. Die Differenzen waren so gering geworden, dass ExpertInnen den Pluralismus in Österreich insgesamt anzweifelten. Insofern wird es als Belebung der Demokratie betrachtet, dass die Gegensätze zwischen den Parteien wieder zunehmen. Es entspricht der digitalisierten Gegenwart, dass sich diese Differenzen immer stärker ins Netz und auf die sozialen Medien verlagern. Die Kontroversen zwischen den Parteien beleben den Parlamentarismus, wobei sich in der Vergangenheit gerade die SPÖ bemühte, trotz der oft emotional geführten politischen Debatten eine gewisse Seriosität zu vermitteln (Mittelstaed&Stefan 2019).

Die im Artikel angeführte „Silberstein Affäre“ zeigte aber, dass auch die SPÖ manchmal zu unlauteren Mitteln greift, um daraus politische Vorteile zu ziehen (Melichar 2017). Deshalb kann auch in der sozialdemokratischen SPÖ eine gewisse demokratische Intoleranz festgestellt werden. Im Vergleich zu anderen Parteien und insbesondere gegenüber der rechtspopulistischen FPÖ hält sich diese Tendenz aber in Grenzen und wurde von den sozialistischen WählerInnen auch nicht unterstützt.

Die aktuelle gesundheitspolitische Krise würde an und für sich eine große Chance für eine klassische sozialdemokratische Politik bieten. Die Schere zwischen arm und reich klafft weiter auseinander und die Technologisierung wird zu großen Problemen auf dem Arbeitsmarkt führen. Die entstehende große Unzufriedenheit der WählerInnen wird früher oder später dazu führen, dass die

bürgerlich konservativen Parteien an Unterstützung verlieren. Doch die SPÖ konnte diese Chance bisher nicht ergreifen. Stattdessen konzentriert sich die Partei weiterhin darauf, weiter nach rechts zu rücken, um für bürgerliche WählerInnen attraktiver zu werden. Deshalb engagierte die Partei lieber fragwürdige Marketingberater wie Tal Silberstein und investiert stärker ins Marketing als in die Kommunikation auf den sozialen Medien, wodurch sie sich in der konkreten Politik weiter von ihren sozialdemokratischen Wurzeln entfernt hat.

Die Resonanz über die Nutzung der sozialen Medien fällt bisher noch bescheiden aus. Die SPÖ erreicht kein ähnlich großes Onlinepublikum wie rechte und populistische Parteien. Ob die Partei den aktuellen Vorsprung in den aktuellen Umfragen nutzen kann, wird auch von der Nutzung der parteiabhängigen sozialen Medien abhängen. Ob dabei auch die demokratische Toleranz bewahrt wird, bleibt aktuell wegen der oft widersprüchlichen Haltung zu aktuellen Themen (wie der Pandemiebekämpfung oder der Außenpolitik gegenüber Russland) noch fraglich. Denn die SPÖ profitiert vor allem vom Umstand, dass die Regierungsparteien der letzten Legislaturperioden an Beliebtheit verloren haben, aber sie vertritt derzeit kein eigenständiges Profil. Innenpolitisch hat seit der Ausrufung der Coronapandemie auch die SPÖ dazu beigetragen, die Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben. Die Stimmung im Land und das politische Klima sind angespannt, sowohl was die Beziehung zwischen den politischen Parteien als auch die Dialogbereitschaft zwischen den unterschiedlichen politischen Bewegungen betrifft (wie beispielsweise ImpfpflichtbefürworterInnen und MaßnahmegegnerInnen, die sich unversöhnlich gegenüberstehen). Von demokratischer Toleranz oder Entspannung ist derzeit wenig zu bemerken, auch nicht von der SPÖ und auch nicht auf ihren sozialen Medien.

Literatur

- Adler, V. (1888). Die Lage der Ziegelerbeiter: <https://www.mitteninhernals.at/wp-content/uploads/2017/12/Victor-Adler-Die-Lage-der-Ziegelerbeiter.pdf> (20.12.2020)
- Bernays, E. (2009). "Propaganda" – (second german edition, english edition published 1928), Berlin.
- Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). (12.7.2017). Was ist Hate Speech?: <https://www.bpb.de/252396/was-ist-hate-speech> (14.12.2020)
- Die Grünen (2020). Newsletter: Partei <https://gruene.at/> (23.12.2020)
- Geissert, C. (2019). Filterblasen und Echokammern im Social Web: <https://www.informatik.uni-leipzig.de/~graebe/Texte/Geissert-19.pdf>, (20.01.2021)
- Hilscher, C. (2018). Echokammer-Effekt (Psychologie). Abgerufen von <https://psylex.de/psychologie-lexikon/1/echokammer.html> (12.12.2020)
- Der Griff nach Österreich, (Erstauflage 1938). Informations- und Pressedienst der Österreichischen Widerstandsbewegung (Ed.), Brücke, Wien
- Lehngut, C. (2013). Waldheim und die Folgen, Der parteipolitische Umgang mit dem Nationalsozialismus, Campus Verlag, Wien (Original: Frankfurt- New York)
- Melichar, S. (03.10.2017). Tal Silberstein: "Kanzler wusste von nichts", in News: <https://www.news.at/a/dirty-campaigning-affaere-tal-silberstein-kanzler-8345803> (18.12.2020)
- Meysels, O. L. (1997). Victor Adler. Die Biographie. Amalthea, Wien.
- Mittelstaedt, Katharina und Stefan, Leopold (12.08.2019): „Wahlkampf in sozialen Medien: Wie die SPÖ Facebook entdeckte“:
<https://www.derstandard.at/story/2000107726406/wahlkampf-in-sozialen-medien-wie-die-spo-facebook-entdeckte> (14.12.2020).
- Pariser, E. (2011). Filter Bubble – Wie wir im Internet entmündigt werden. München: Hanser Verlag

Özkececi, Z. (2018). Demokratie auf dem Prüfstand, Südwestdeutscher Verlag, Beau Bassin

ÖVP/ Kurz, Sebastian (2020): Facebook-Seite.

<https://www.facebook.com/sebastiankurz.at/photos/a.112364565521892/3438280852930230/?type=3&theater> (15.12.2020)

Westle, B. (2002). Politische Toleranz, in: **Greiffenhagen, Martin, Greiffenhagen, Sylvia** (Hrsg.) Handwörterbuch zur politischen Kultur in Deutschland, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden , pp 467-471.

Witzeling, D. (20.12. 2021). Ist die SPÖ Kanzlerinnenfit, in: standard online 20.12.2021: <https://www.derstandard.at/story/2000131845163/ist-die-spoe-kanzlerinnenfit> (23.12. 2021)

Seiten der SPÖ:

Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (2020): Facebook-Seite: <https://www.facebook.com/fsg.oegb/> (22.12.2020)

Junge Generation (2020): <https://www.facebook.com/jgspoe/> (19.12.2020)

Sozialistische Jugend (2020): <https://www.facebook.com/sjoe.at?fref=tshttps://www.spoe.at/social-media-2/> (19.12.2020)

SPÖ- Parlamentsklub (2020): Kontrast: <https://kontrast.at/> (20.12.2020)

SPÖ a) (2020): <https://www.spoe.at/social-media-2/> (20.12.2020)

SPÖ b) (2020): <https://www.spoe.at/> (20.12.2020)

SPÖ c) (2020): <https://www.facebook.com/Sozialdemokratie> (21.12.2020)

SPÖ/ Renner Institut (2020): Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie: <https://www.rotbewegt.at/>

https://twitter.com/SPOE_at (20.12.2020)

Extended Abstract

The article explores the question of whether political parties themselves represent the democratic tolerance they demand in their contributions or postings on social media. Using the specific example of the SPÖ (Social Democratic Party of Austria), which is one of the oldest parties in Europe, the article examines how the inter-party discourse and the attitude toward political opponents is shaped in Western democracies. In a time when all politicians as well as the media criticize "hate on the net" and demand new legal regulations against this phenomenon, this topic is also interesting because of the contradictions between theory and practice of political movements.

All Austrian parties claim to pursue a course of democratic tolerance, because democracy lives from diversity and pluralism. From the definition of the term, it means "toleration" and nothing more. Thus, a different point of view doesn't have to be shared, but it must be endured. Dialogue can thus be maintained despite opposing positions. The observance or neglect of democratic tolerance can be seen in particular in parliamentary debates, when parties with different interests and viewpoints fight with each other about distributional interests or political influence.

Today, political and social disputes are increasingly being shifted to the digital world and are preferably fought out on social media. In the process, the supposed anonymity leads people to throw ethical or interpersonal principles overboard.

In order to get closer to the topic, the article first summarizes the history of Austrians Social Democracy. This shows the transformation from a revolutionary workers' party to an established bourgeois organization that guided and shaped political affairs in the Austrian Republic for decades. The party was involved in many Austrian governments of the 2nd Republic. Especially in the 1970s, the SPÖ was very successful in implementing social reforms in Austria. But also abroad and in the international political arena, the SPÖ was respected and appreciated for its mediation work between the west and the east. Under former Chancellor Bruno Kreisky, Austria played an important role as a mediator in the Middle East conflict or for the establishment of international organizations in Austria, not only despite but because of its "perpetual" neutrality.

So although the SPÖ can look back on more than 130 years of political experience, it has problems adapting its program to current requirements and to orient itself in the digital age. Compared to other political parties, the SPÖ therefore doesn't have a similarly strong presence on social media. This is due both to a lack of digital competence and to the content and forms of presentation on the other side. While the party's loyal voters are increasingly leaving due to generational change, the party fails to succeed with today's young voters. Instead, conservative and right-wing forces are more successful in attracting young people to their parties, especially on social media. Until a few months ago, the homepage of the right-wing FPÖ (Freedom Party of Austria) and also the website of the conservative ÖVP (Austrian People's Party) were among the most viewed sites in Austria. Although the SPÖ is now striving for a more modern image and its numerous sub-organizations are also represented on social media, it is not succeeding in achieving a similar level of popularity. The party's efforts to attract right-wing and conservative supporters by changing its political positions have failed. Instead, this approach has tended to disappoint previous voters and cause them to leave the party. The conservative voters, on the other hand, remained loyal to the original, neoliberal and bourgeois spectrum. Thus, the SPÖ lost its majority and had to leave the governing coalition.

In the opposition, the SPÖ tried to maintain its serious image in order to differentiate itself from populist parties. Nevertheless, there were several scandals, as the SPÖ tried to damage the bourgeois People's Party with a negative campaign during the election campaign 2017. This example shows that the previously propagated position of democratic tolerance was just a phrase. When the affair became public, the SPÖ's good reputation as a voice of rationality was permanently damaged.

The phenomenon of echo chambers and filter bubbles is also addressed in the text, because political parties tend to pursue only their own agenda and have their own viewpoints confirmed by like-minded people. In the virtual world, this tendency is intensifying with the use of artificial intelligence and algorithms. The content is filtered, adjusted and sorted according to personal interests. In the process, one's own opinion is not only influenced, but also controlled and strengthened with similar positions.

Despite the many setbacks suffered by the social democratic party, it should be noted that current polls predict a majority of votes for the SPÖ in the next National Council elections. However, this is not primarily due to the fact that the party has made changes to its contents or has a stronger presence on social media. Rather, it has been the corruption scandals in other parties that have ensured that the Social Democrats have been able to present themselves as an alternative. It will depend on the adherence to certain principles whether the party can maintain this lead. The article ends with the statement that there is only little evidence of democratic tolerance in the current political discourse among all parties represented in the Austrian parliament.